Fränkische Landeszeitung, 15. Oktober 2010

Mehrere Fraktionen wollen ohne weitere Klarheit über künftige Entwicklung des Projekts kein Geld mehr ausgeben

Stoppt Stadtratsmehrheit Kanalbau für Urlas-Siedlung?

Angeblich müsste Awean dafür 300 000 Euro ausgeben – Umfassende Information als Entscheidungsgrundlage gefordert

ANSBACH (fri) – Die im Bau befindliche US-Wohnsiedlung am Urlas soll demnächst erneut den Stadtrat beschäftigen. Eine Mehrheit aus SPD, BAP, Grünen und der Offenen Linken verlangt in einem Antrag, dass demnächst umfassend über den Planungsstand des Vorhabens und die daraus für die Stadt und ihre Tochtergesellschaften noch resultierenden Kosten informiert werden soll. Weitere Forderung an den Stadtrat: Solange sollten keine Bauleistungen in Zusammenhang mit dem Projekt mehr vergeben werden.

Das beträfe zunächst einmal die AWEAN. Laut der Begründung des Antrags solle die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadt demnächst 300 000 Euro aufbringen, um den Kanalbau für die Urlassiedlung anzugehen. Weitere mindestens 200 000 Euro sollte es laut Antrag den Stadtwerken kosten, für die nun ins Gespräch gebrachten Modelle eines Verkehrsanschlusses der Siedlung Leitungen zu verlegen, die bereits im Boden liegen. Wie berichtet, waren diese Leitungen zuvor aber bereits von den Stadtwerken mit einem Aufwand von 330 000 Euro verlegt worden, um den ursprünglich vom Staatlichen Bauamt geplanten aufwändigen Verkehrsanschluss zu ermöglichen, der mittlerweile nach einem Stadtratsbeschluss wieder verworfen worden ist.

All diese Investitionen verursachten Kosten, heißt es in der Antragsbegründung, die nach der ursprünglich zu Grunde liegenden Kalkulation nicht durch den Nutzer US-Armee erwirtschaftet werden könnten, sondern von den Gebührenzahlern erbracht werden müssten.

Vor diesem Hintergrund fordern nun die Fraktionen von SPD, BAP und Grünen, sowie der Stadtrat der Offenen Linken, Boris-André Meyer, umfassende Informationen über den Stand der Dinge am Urlas. Alle bisherigen Leistungen der Stadt und jener Gesellschaften, an denen die Stadt Mehrheitsbeteiligte ist, sollen detailliert aufgelistet und Veränderungen „auf Grund aktueller Entwicklungen" dargestellt werden, fordern die Sprecher der genannten Fraktionen. Sie nehmen dabei Bezug auf eine Meldung in der Armeezeitung „Stars-&Stripes". Dort werde berichtet, heißt es in der Antragsbegründung, dass der US-Rechnungshof gravierende Finanzierungslücken im Stationierungskonzept der US-Armee für Europa entdeckt habe. Deshalb fordere das Kontrollorgan eine umfassende Prüfung von Alternativen zur derzeitigen Stationierung bis Anfang 2011.

Bis zu dieser Entscheidung über eine Neuausrichtung der Stationierungsstrategie und deren finanzielle Ausgestaltung durch den US-Kongress sei eine Aussetzung aller Vorleistungen am Urlas „ein Gebot der politischen Vernunft", wird der Antrag begründet. Dies eröffne dem Bauherrn am Urlas auch die Möglichkeit, der Stadt aktualisierte und durchfinanzierte Planungen mit einer klaren Zeitschiene vorzustellen. Auf dieser Basis könnten dann die Träger der Vorleistungen – wie etwa AWEAN und Stadtwerke – wieder ihre Kalkulationen an die tatsächliche Entwicklung am Urlas anpassen.

Wird der Antrag von allen unterzeichnenden Fraktionen im 40-köpfigen Stadtrat unterstützt, wäre ihm eine Mehrheit von 22 Stimmen sicher. Ob dies allerdings reicht, um tatsächlich einen Stopp von Bauleistungen etwa der Awean durchzusetzen, darüber herrschte gestern bei den offiziellen Stellen Unklarheit. Denn natürlich müsse die Siedlung, die im nächsten Frühjahr bezogen werden soll, ordnungsgemäß an ein Kanalnetz angeschlossen werden, hieß es in der Stadtverwaltung. Der an die derzeit im Urlaub befindliche Oberbürgermeisterin gerichtete und der Verwaltung noch unbekannte Antrag müsse deshalb rechtlich genau geprüft werden.